

27. Juni 1916.

WIENER HATHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Wicheu.
26. Jahrg. Wien, Dienstag, 27. Juni 1916. Abends.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 27. Juni.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

macht folgende Mitteilungen:

Der verstorbene Bezirksvorsteher Kais. Rat Weidinger hat letztwillig der Dr. Karl Lueger-Stiftung für Gewerbetreibende einen Betrag von 3000 K und dem Zentralverein zur Errichtung und Erhaltung von Knabenhorten 1000 K als Beitrag für die Ferienkolonie des 7. Bezirkes vermacht.

Viktor Alder hat aus Anlaß eines am 30. Mai d.J. in seiner Zündkapselabrik zu Oberlaa stattgehabten Brandes für die städt. Feuerwehrmannschaft 150 K gespendet.

GR. Hohensinner stellt folgende Anfrage: Vor einigen Tagen haben fünf große Molkereien den Milchpreis um 2 Heller erhöht. Die Schankmilch kostet jetzt 42 Heller und die Flaschenmilch 48 Heller. Bei Zustellung ins Haus werden noch 2 Heller für den Liter berechnet. Diese Molkereien sind: Milchindustrie-Gesellschaft (Mig), die den Anfang machte und die Preiserrhöhung schon Ende Mai vornahm, Wiener Molkerei, Vereins-Molkerei, Erzherzog Friedrich'sche Zentralmolkerei und Guntramsdorfer Zentral-Milchiederlage; letztere hat sogar die Milch auf 50 ohne Zustellung erhöht. Es wird gefragt: Hält der Bürgermeister diese Steigerung der Milchpreise für gerechtfertigt, wenn nein, ist er geneigt, von der Regierung zu verlangen, daß sie die genannten Molkereien zur Wiederherstellung des alten Milchpreises veranlaßt?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich halte die Steigerung der Milchpreise nicht für gerechtfertigt und möchte bemerken, daß in dieser Sache bei der Regierung die Entscheidung liegt. Das Ackerbauministerium hat anlässlich der Milchpreiserhöhung der Molkereien im Herbst 1915 in einem an diese gerichteten Erlasse erklärt, daß es eine weitere Erhöhung der damals per Liter mit 40 Heller für die Ausschank- und mit 46 Heller für Flaschenmilch ^{fest}gesetzten Milchpreise mindestens innerhalb des Zeitraumes eines Jahres für nicht gerechtfertigt halten könne. Trotzdem haben sich vor ungefähr 2 Monaten die genannten Molkereien an das Ministerium um eine weitere Erhöhung der Milchpreise um 2 Heller für den Liter gewendet. Es ist mir aber nicht bekannt, ob und in welcher Weise das Ministerium zu dieser neuen Forderung der Großmolkereien Wiens Stellung genommen hat. Ich werde daher die vorliegende Anfrage sowohl dem Ackerbauminister als auch dem Minister des Innern vorlegen.

GR. Hohensinner stellt folgende Anfrage: Wie man aus Zeitungen erfährt, sollen auf dem Markte in St. Marx direkt unter den Augen der Aufsichtsorgane Freistreibereien vor sich gehen. Dort soll nämlich neben dem Verkauf mit aufgetriebenen auch noch ein solcher mit noch nicht ausgeladenen, oft noch auf dem Transport befindlichen Schweinen betrieben werden. Letztere sind nur mit hoher Ueberzahlung der amtlichen Höchstpreise erhältlich. Durch diesen Vorgang werden nicht nur die Marktsteuer-Vorschriften umgangen und die Preise getrieben, er gibt auch Anlaß zu fortgesetzten, endlosen Freistreibereien. Es werden nämlich die beim Verkauf „ab Waggon“, wie dieser Mißbrauch genannt wird, erzielten, über den amtlichen Höchstpreis weit hinausgehenden Preise dem nächsten Feinster Viehmarkt zu Grunde gelegt, um dann wieder vom Wiener Markte als „angemessene Höchstpreise“ übernommen zu werden, die dann beim Verkauf „ab Waggon“ eine weitere Steigerung erfahren, u.s.f. Das Opfer ist immer wieder der Verbraucher, der für Höchstpreis und Ueberzahlung aufkommen muß. Es wird gefragt: Ist es richtig, daß auf dem Markte in St. Marx der Verkauf von Schweinen „ab Waggon“ mit Ueberzahlung der Höchstpreise erfolgt; wenn ja, ist der Bürgermeister geneigt, im Interesse der Wiener Bevölkerung diesen durch Umgehung der Marktvorschriften ermöglichten Freistreibereien entgegen zu treten?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es ist nicht richtig, daß auf dem Wiener Borstenviehmarkte der Verkauf von Schweinen ab Waggon mit Ueberzahlung der Höchstpreise stattfindet. Richtig ist vielmehr, daß stets alle für den Markt einlangenden Schweine ohne irgend eine Ausnahme unverzüglich ausgeladen, auf dem Markte aufgetrieben und auf dem Markte - nicht ab Waggon - und nur zu jenen Preisen verkauft werden, welche die Käufer und Verkäufer seit längerer Zeit im gegenseitigen Einvernehmen vor Marktbeginn für die einzelnen Schweinsorten festsetzen. Der „Abend“ vom 21. d.M., dessen Notiz „Skandalöse Vorgänge im Wiener Schweinehandel“ wahrscheinlich auch die Ursache für die vorliegende Anfrage ist, verwechselt offenkundig die sogenannten Außermarktbezüge von Schweinen mit dem tatsächlich nicht stattfindenden Verkauf von Schweinen ab Waggon. Außermarktbezüge liegen dann vor, wenn eine in Wien zur Schweineschlacht berechnete Person - also kein Kommissionär - für ihren eigenen Bedarf zur Schlachtung in der ihr in Wien zustehenden Schlachtstätte eine bestimmte Menge Schweine zu einem bestimmten Preise auswärts, also in den in der Anfrage erwähnten Fällen Schweine ab Stall in Ungarn zu festen Preisen kauft. Auch diese Außermarkt-Schweine kommen auf dem Bahnhof St. Marx an, bilden aber keinen Gegenstand des Marktverkehrs und daher haben die einvernehmlich vor dem Marktbeginn festgesetzten

Preise auf diese Schweine keine Anwendung. Der Bezug von Außermarktsschweinen steht nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen insbesondere nach der geltenden Marktordnung jeder in Wien zur Schweineschlachtung befugten Person vollkommen frei. Ich habe vor Monaten, als diese Außermarktbezüge von Schweinen einen immer größeren Umfang annahmen, nicht nur bezüglich dieser, sondern auch bezüglich der Rinder an die beteiligten Ministerien die Forderung gestellt, die Regierung wolle die Außermarktbezüge von Schlachtieren aller Art auf dem Wiener Zentralmarkte unmöglich machen. Eine Erledigung habe ich bisher nicht erhalten. Die Konservenfabriken kaufen meistens ab Stall müssen jedoch die Tiere aus veterinärpolizeilichen Gründen auf der Marktrampe abladen.

Gemeinderat Steiner stellt folgenden Antrag:

Das Morgenrot einer neuen Zeit leuchtet uns entgegen. Das alte Oesterreich erhebt sich zu neuem Erstarken und es gilt den Schutt vergangener Zeiten, verfallener Begriffe wegzuräumen, um einer neuen Entwicklung Raum zu schaffen. Zwist und Haß, die uns solange gespalten haben und in unserem Feinden den Glauben erweckten, daß Oesterreich ihnen eine leichte Beute werden könne, müssen verschwinden. In einträchtigem Zusammenwirken müssen wir zusammenarbeiten, um unserem Volke die Früchte der Kämpfe und Leiden zu sichern, die es in diesen schweren Tagen Zeiten zu ertragen hat.

Die einschneidenden Wirkungen, welche der Krieg schon auf den Arbeitsmarkt ausgeübt hat, werden sich nach dem hoffentlich baldigen, siegreichen Ende des Weltkriegen in noch vielfach gesteigerter Weise bemerkbar machen. Die Rückkehr von Millionen unter den Waffen gestandener oder nach dem Kriegsdienstleistungs gesetz einberufener Männer wird den Arbeitsmarkt mit Arbeitsangeboten überschwemen. Der Übergang von der Erzeugung für Kriegsbedarf zur normalen Güterproduktion wird sich aber nur sehr allmählich vollziehen. Es wird sich daher auch die Unterbringung der freiwerdenden Arbeitskräfte nur sehr langsam bewerkstelligen lassen. Wenn auch die Heeresverwaltung dieser Erwägung Rechnung tragend, die Abrüstung nicht mit einem Schlage sondern nur nach und nach vornehmen wird, so bleibt doch immerhin die Notwendigkeit einer weit ausreichenden Vorsorge für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere für die Hauptstadt, bestehen, die ja in erster Linie den Ansturm der Arbeitssuchenden wird über sich ergehen lassen müssen.

Bei der Demobilisierung wird auch das Problem der Invalidenfürsorge zu einer riesenhaften Bedeutung heranwachsen. Der jetzige Mangel an Arbeitskräften läßt die Unterbringung der Invaliden so schwierig wie sich auch mit Rücksicht auf die

individuellen Wünsche und Bedürfnisse der Einzelnen gestaltet, noch ein Kinderspiel gegen den Zustand erscheinen, der sich herausstellen wird, sobald im Vollbesitze ihrer Gesundheit und ihrer gesunden Glieder stehende Arbeitslose mit den Kriegsbeschädigten auf dem Arbeitsmarkte in Konkurrenz treten. Die Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide wird daher zu dieser Zeit eine ganz besonders sorgfältige Behandlung erfahren müssen. Aber noch eine andere, schwere Sorge drängt sich für den Zeitpunkt des Kriegsendes in Hinsicht auf den Arbeitsmarkt an uns heran. Es ist dies die Sorge um Beschaffung eines geeigneten Nachwuchses für das Gewerbe. Die verlockende Gelegenheit, mit verhältnismäßig sehr hohen Löhnen sogleich als Hilfsarbeiter unterkommen zu können, hat viele gewerbliche Lehrlinge dazu veranlaßt, ihre Lehrzeit zu brechen, dem Gewerbe den Rücken zu kehren, um sich als Hilfsarbeiter zu verdingen. Auch diese jungen Leute werden nach dem Kriege, wenn ernste und erprobte Männer zurückkehren, ihrer Posten verlustig werden und es wird nun ernstlich in Erwägung gezogen werden müssen, in welcher Weise sie der Wiederaufnahme ihrer Lernfähigkeit zugeführt und damit dem Gewerbe erhalten werden.

Auch die Frage der Frauenarbeit wird nach dem Kriege sehr ernste Sorgen verursachen. Ist auch ein großer Teil der jetzt in Böhmen von Männern versehenen Berufen tätigen Frauen nur zum Ersatz für ihre eigenen im Kriegsdienst stehenden Männer in die Lohnarbeit eingetreten und daher das Zurückfluten dieser Welle zu erwarten, sobald die Erhalter der Familien wieder in das bürgerliche Leben zurückgekehrt sind, so bleibt doch immer noch eine grosse Anzahl von Frauen übrig, die den lohnenderen Männerberuf wird beibehalten und durch Lohnrückgang mit den Männern in Konkurrenz treten wollen. Ueberdies werden ja auch die Kriegswitwen infolge der Unabhängigkeit ihrer Versorgungsgenüsse zunächst darauf angewiesen sein, möglichst hoch entlohnte Stellen zu suchen oder beizubehalten; Es wird überhaupt die Frauenarbeit von einem anderen Gesichtspunkte aus betrachtet werden, weil sich während des Krieges erwiesen hat, dass die Frau viele Berufsarbeiten anstandslos zu versehen in der Lage ist, deren Ausübung man ihr früher nicht zugestimmt hätte.

Einerseits vom Standpunkte des Wettbewerbes mit den zurückkehrenden Männern, andererseits vom Standpunkte ihrer eigenen Versorgung, muss die Frage der Frauenarbeit eine ganz besondere Beachtung erfahren müssen. Ist der Übergang zur normalen Gütererzeugung einmal bewerkstelligt, und der volkswirtschaftliche Aufschwung eingetreten, der wir uns alle von dem siegreichen Frieden erhoffen, dann werden sich die schweren Verluste der Männer in der Vollkraft ihrer Jahre fühlbar machen und es wird die Frau eine willkommenere

Helferin in der Not an Arbeitskräften werden. Für die erste Zeit aber werden sich beide Geschlechter als Konkurrenten gegenüberstehen und es wird ein Ausweg gefunden werden müssen, um ohne schreiende Ungerechtigkeit auf der einen oder anderen Seite in die verworrenen Verhältnisse Ordnung zu bringen.

Sind aber auch alle diese Schwierigkeiten überwunden, hat sich der Arbeitsmarkt den nach dem Kriege geänderten Verhältnissen angepasst, so werden andere sozialpolitische Probleme die bisher die gebührende Beachtung nicht gefunden haben, ihre Lösung erheischen.

Es wird die Ausgestaltung des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes zu einer modernen, den Einrichtungen anderer Grossstädte entsprechenden Institution in Angriff genommen werden müssen. Man wird der in diesem Kriege so bedeutsam gewordenen Berufsberatung auch für die Zivilarbeiterschaft seine Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslose, die Arbeitslosenversicherung, die Beschränkung des Zuzuges Arbeitsloser zu den Grossstädten und manches Andere wird eine eingehende Behandlung erfordern. Es wird an die Gemeinde Wien die Notwendigkeit herantreten, eine eigene Anstalt für Arbeiterfürsorge ins Leben zu rufen, welcher auch die Agenden der Kranken und Unfallversicherung zuzuweisen sein werden und dieses städt. Arbeiterfürsorgeamt wird in der zweckmässigsten Weise durch einen Ausbau des städt. Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes herbeiführen sein.

Die Lehren, die wir aus dem Kriege gezogen haben, weisen uns darauf hin, dass es doch viele Gebiete gibt, auf welchen sich ernste, um das Gemeinwohl bestrebt Männer zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden können, auch wenn sie in politischer Beziehung verschiedener Meinung sind.

Ein solches Gebiet ist die Arbeiterfürsorge; denn die Arbeiter wollen in erster Linie eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Dabei müssen aber auch die berechtigten Interessen der Arbeitgeber wahrgenommen werden und das muss dazu führen, die Richtlinien für die Tätigkeit der städt. Arbeiterfürsorge, analog, wie es bei der staatlichen Arbeitsvermittlung für die Kriegsinvaliden bereits jetzt der Fall ist, durch einen Beirat festzulegen zu lassen, in welchem Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätische Vertretung finden. Es wird beantragt, der Gemeinderat wolle beschliessen: Der Magistrat wird beauftragt, mit thunlichster Beschleunigung einen Bericht und Antrag behufs Umgestaltung der städt. Arbeits- und Dienstvermittlung in ein Arbeiterfürsorgeamt dem Gemeinderate zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wird in die Beratung der Gegenstände der Tagesordnung eingegangen.

VB. Hierhammer beantragt dem Tiener Gewerbevereinsvereine eine Subvention von 2500 K zu bewilligen. (Ang.)
StR. Hermann beantragt anlässlich der Erteilung der Baubewilligung an die Eheleute Ernst und Alice Klinger für die geplanten baulichen Umgestaltungen auf der Liegenschaft E.Z. 305 Ober-Döbling den Abschluss eines Bestandsvertrages mit den Bauwerbern hinsichtlich der Benützung des unentgeltlich und lastenfrei abzutretenden Vorgartengrundes in der Billrothstrasse zu genehmigen. (Ang.)

StR. Schneider beantragt die Auflassung der Straßenbahnlinie 75 (Wollzeile-Erdbergstrasse-Erdberg) und Einführung einer neuen Linie 70 (Wollzeile-Ungargasse-Rasengasse-Südbahnhof), welche als Pendellinie mit 10 Minuten Zugabständen mit einfachen Triebwagen (ohne Reiwagen) zu führen ist.

GR. Wettengel beantragt auch die Einführung von Stockhohen Wagen auf dieser Strecke, da ein Reiwagenverkehr aus technischen Gründen nicht möglich sei.

Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag Wettengel der geschäftsordnungsmässigen Behandlung überwiesen.

StR. Schneider beantragt die Herstellung eines dritten Gleises in der Grünbergstrasse im 13. Bezirk für Züge der Straßenbahnlinie 63 mit den Kosten von 21.000 K.

GR. Josef Müller begrüsst den Antrag, der eine dringende Notwendigkeit sei und spricht hierfür der Direktion der Straßenbahn den Dank aus. Gleichzeitig stellt er den Antrag, dass dort herzustellende Ausweichgleise auf mindestens 25 Meter zu verlängern damit auch Züge mit 3 Wagen rangieren können.

Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag Josef Müller der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

StR. Schneider beantragt die Direktion der städt. Straßenbahnen zu ermächtigen, aus Betriebsmitteln Unterstützungen an die Hilfsorganisation zur Unterstützung von Angehörigen der zum Militärdienste eingerückten Straßenbahngestellten bis zum Gesamtbetrag von 100.000 K zu bewilligen. (Ang.)

StR. Zeitka beantragt den Ankauf der Kat. Parz. 367, E.Z. 405 in Breitensee im 13. Bezirk im Ausmasse von 3592 m² um den Einheitspreis von 7 K per m². (Ang.)

Hierauf wird die Debatte über den Hauptrechnungsabschluss der Gemeinde pro 1916/17 eröffnet.

GR. Dr. von Dorn Ich möchte mir zunächst einige formelle Bemerkungen erlauben. Im Gemeindestatut ist die Bestimmung enthalten, dass der Rechnungsabschluss 9 Monate nach Schluss

des Rechnungsjahres vorzubringen ist. Das hat den Vorteil, dass man eingehend darüber diskutieren kann und Lehren ziehen kann für das nächste Jahr. Wenn nun aber der Rechnungsabschluss vorgelegt wird und sich gleich an die Wechselrede über diesen die Wechselrede über den Voranschlag schliesst, so ist die erstere vollkommen fruchtlos. Ich möchte nun bitten, dass in normalen Zeiten auch wieder § 59 des Gemeindestatuts eingehalten wird. Was den Voranschlag selbst betrifft, so ist derselbe selbstverständlich in vieler Hinsicht fiktiv, und er kann auch im Detail schlecht behandelt werden weil die nötigen Unterlagen nicht vorliegen. Ich möchte nur betonen dass für die Friedhoferweiterung und Grundankäufe eine Summe von insgesamt 1.600.000.-K ausgeworfen wurde. Es wird ja wahrscheinlich notwendig sein, aber ich mache darauf aufmerksam, dass diese Frage der Friedhoferweiterungen eine ernste ist. Wir leben in einer Zeit, wo wir die Erde notwendig für die Lebenden brauchen und man müsste alles tun, sie für diese nutzbar zu machen. Das kann nur geschehen, wenn man zur Feuerbestattung übergeht. Eine grosse Reihe un- und deutschen Städten hat sich bereits mit dieser Frage beschäftigt. Reichenberg hat schon ein Krematorium gebaut, aber es wird dort nicht betrieben, weil dies nicht gestattet wurde und so ereignet es sich, dass sehr zahlreiche Leichen, die der Feuerbestattung zugeführt werden, an Reichenberg vorbeifahren und nach dem zwei Stunden entfernten Zittau in Sachsen gebracht werden. Ich möchte den Herrn Bürgermeister ersuchen, dass er sich die Sache überlegt und daran Anteil nimmt. Das Merkwürdige ist, dass alle anliegenden Grenzstaaten die zum deutschen Reich gehören, bereits die Feuerbestattung durchgesetzt haben gegen die widerstrebenden Regierungen. Wenn von Seiten der Gemeinde Wien ein kleiner Druck ausgeübt würde, würde sich gewisse auch bei uns einiges durchsetzen lassen. Ich will mich nicht eingehender mit dem Voranschlage beschäftigen weil wir ja vereinbart haben, uns alle möglichst kurz zu fassen damit wir morgen fertig werden. Ich darf Sie aber wohl darauf aufmerksam machen, dass auch dies ein Entgegenkommen unsererseits ist, eines von den vielen Entgegenkommen, die wir in den wichtigen Fragen seit jeher bewiesen haben. So oft es notwendig war einstimmige Beschlüsse zu fassen, waren wir immer an Ihrer Seite und ich erinnere da nur an 2 Beschlüsse. Wir haben mitgeteilt für die Diktatur des Bürgermeisters während der Kriegszeit und haben mitgestimmt bei der Diskussion über die Schatzscheinausgabe und der Herr Bürgermeister hat selbst zugegeben, dass ihm dadurch seine Aufgabe sehr erleichtert worden ist. Leider muss ich auf die alte Klage zurückkommen, dass dieses Entgegenkommen von Seiten der Majorität nicht erwidert wird. Ich

tige Anträge die von uns eingebracht werden, werden von Ihnen immer ignoriert und doch wären viele sehr wichtig. Vor 12 Jahren habe ich zum ersten Male die Einleitungsrede zum Budget gehalten und habe mich damals da gerade die Einverleibung von Floridsdorf bevorzogen mit der Frage der Besiedlungs- und Wohnungsreform beschäftigt. Leider hat es lange gebraucht, bis man sich daran erinnert hat. Ich habe als erster auf die Wichtigkeit des Erbbaurechtes verwiesen und habe auch den Antrag gestellt, eine gemeinderechtliche Kommission einzusetzen, die alle Besiedlungsfragen im neuen Gebiete zu studieren hätte. Wenn wir damals diesen Antrag angenommen hätten, würden wir heute mit ganz anderen und erfreulicheren Verhältnissen im 21. Bezirke zu rechnen haben. Erst im Jahre 1911 hat man es für gut befunden, im 21. Bezirk Grundstücke anzukaufen und der Referent Hoss sagte damals dass damit eine grosszügige Grund- und Bodenpolitik der Gemeinde eingeleitet werden sollte. Also allzugrossartig war diese nicht. Aber auch Währungsfragen sind von Ihnen nie gehört worden und es wäre doch dadurch viel Ärger und Geld erspart worden, wenn Sie unsere Einwendungen bezüglich des Brauhauses berücksichtigt hätten. Der Übertriebens Parteistandpunkt, die Einkottierung der Minorität ist nicht am Platze. Wenn Sie sich entschlossen haben uns zur Mitarbeit ernstlich heranzuziehen, haben Sie damit immer die besten Erfahrungen gemacht. Ich darf wohl auf die Obmänner, Konferenz hinweisen, welche tadellos arbeitet, ich darf wohl auch auf die Kriegszeit hinweisen und auf die unvergesslichen Verdienste die sich unser Kollege Schwarz-Müller für die Flüchtlingsfürsorge erworben hat. Das ist allgemein anerkannt und ich glaube, dass auch kein Herr der Majorität die Sache besser hätte machen können. Wir verlangen dafür keine besondere Anerkennung, wir finden darin nur eine Erfüllung der patriotischen Pflicht, insbesondere unsere Teilnahme an der Obmännerkonferenz ist ein lokal patriotisches Opfer, denn wir nehmen auch einen Teil der Verantwortung auf uns, ohne dass uns auch nur der geringste Anteil an der Verwaltung gewährt worden wäre. Wir waren wohl auch berechtigt zu hoffen, dass die Beziehungen zwischen Majorität und Minorität sich mit der Zeit besser gestalten werden. Anfangs haben Sie allerdings den Parteistandpunkt gemässigt. In der letzten Zeit ist das aber wiederum geschwunden. Verschiedene Wahrnehmungen, die wir in der letzten Zeit gemacht haben lassen Ihre Haltung so erscheinen, als wollten Sie durch Ihre Vorwürfe bei der Debatte über Viehverwertungsgesellschaft die Öffentlichkeit von der Verworfenheit und Niederträchtigkeit unserer Partei überzeugen. Die Argumente, die Sie ja vorgebracht haben, haben aber den äusseren Wert wie jene der Entente die Griechenland unterdrücken will.

Der Burgfrieden ist eine ausdrückliche oder stillschweigend verstandene Vereinbarung zwischen zwei Parteien, daß in gewissen Fällen - im Falle ungarischer Befahren - rein parteimäßige Erwägungen, insbesondere scharfe Angriffe hauptsächlich persönlicher Natur ausgeschaltet werden. Damit wird nicht gesagt, daß Meinungsdivergenzen ganz zu entfallen haben und daß sich eine Partei der anderen unterwerfen müsse. Denn ein solches Verhältnis wäre immer zu Gunsten der Mehrheit. In ritterlichen Zeiten bedeutete der Burgfriede, daß auf einem gewissen Raumgebiete keine Kämpfe ausgetragen werden durften. Wer dagegen ertappt wurde, wurde mit schwersten Strafen bedroht, es wurde ihm der rechte Arm abgeschlagen. Im Umkreis dieses Burgfriedensgebietes befanden sich Tafeln mit der Inschrift „Burgfrieden“ daneben eine rechte Hand mit einem Beil. Nach Ihrer Auffassung des Burgfriedens würden Sie wahrscheinlich wünschen, daß auch hier im Saale und zwar über den Bänken der Opposition ein solches Plakat aufgehängt werde mit dem Worte Burgfrieden und einem Maulkorb oder Knebel daneben. Ich weiß nicht, ob es noch eine Geschäftsordnung gibt, mittels welcher noch eine solche Knebelung möglich ist wie im Wiener Gemeinderate. Es wäre zu wünschen, daß sie einer Revision unterzogen wird und ich habe bereits in früherer Zeit den Antrag gestellt, der jedoch bis heute nicht erledigt ist. Ein Mangel der Geschäftsordnung ist auch die Unmöglichkeit Dringlichkeitsanträge zu stellen. In Beantwortung einer diesbezüglichen Interpellation des Gemeinderates Klebinder hat Bürgermeister Dr. Lueger bemerkt, daß ja solche Dringlichkeitsanträge unter gewissen Vorzeichen gestellt werden könnten und hat dem Gemeinderat Klebinder aufgefordert, einen Antrag hierüber einzubringen. Ueber diesen Antrag ist ebenfalls noch keine Erledigung erfolgt. Ich würde überhaupt wünschen, daß eine bestimmte Frist festgesetzt werde, innerhalb welcher die im Gemeinderate gestellten Initiativanträge erledigt oder zur Verhandlung gestellt werden müssen. Es wäre ferner zu wünschen, daß über die Beantwortung von Anfragen seitens des Vorsitzenden noch eine Äußerung des Interpellanten statthaft wäre - es ist dies z.B. in der Geschäftsordnung des ungarischen Reichsrates eingeführt - und der Interpellant hätte den Antrag zu stellen, ob er die Antwort zur Kenntnis nehme oder nicht.

Wenn Sie auf diese von mir gegebenen Anregungen eingehen würden, wäre dies ein gewisser Schritt des Entgegenkommens. Wir waren und sind stets zur Mitarbeit bereit, wir fürchten aber, daß Sie keine ständigen Mitarbeiter, sondern nur eine Gefolgschaft wollen, die wir Ihnen natürlich nicht leisten können. Vielleicht wird die Sache besser werden. VD. Hoß hat ungefähr in Übereinstimmung mit dem, was er in der letzten Debatte sagte, darauf hingewiesen, daß große Arbeiten für die Gemeinde

bevorstehen und er schöpft die Hoffnung auf eine glückliche Erledigung aus dem hingebungsvollen Zusammenwirken aller beteiligten Faktoren während des Krieges und daß diese Zeit die Gemeindevertretung gewappnet finden möge, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Ich kann nur wünschen, daß die Hoffnung des Herrn Vizebürgermeisters Hoß sich erfülle, wenn ich auch aus verschiedenen Gründen persönlich wenig Hoffnung habe; ich kann es aber nur wünschen und bitten, daß Sie sich die Sache überlegen und daß Sie diesen Andeutungen Ihres Vizebürgermeisters nach Möglichkeit entsprechen.

Gemeinderat Steiner Durch die Kriegsverhältnisse war es zunächst notwendig geworden, die Gemeinderatssitzungen auf Grund eines einstimmigen Beschlusses zu sistieren. Während dieser Zeit ruhte die ganze Last der Arbeit und Verantwortung auf dem Bürgermeister, der Obermänner-Konferenz und dem Stadtrate. Wir dürfen mit Dankbarkeit und Genugtuung konstatieren, dass diese drei Faktoren ~~und~~ in der so schwierigen Lage, wo es galt, die ganzen Verhältnisse der Millionenstadt dem Kriege und seinen Folgeerscheinungen anzupassen, ihren Aufgaben vollkommen gewachsen waren. Insbesondere unser Bürgermeister hat sich als der Mann erwiesen, der die Situation beherrscht und die Stadt und ihre Verwaltung aus allen Fährnissen, von denen sie umgeben war, mit Erfolg zu führen imstande war.

Als der Gemeinderat am 22. Februar 1- J- seine regelmäßige Tätigkeit wieder aufnahm, hatte er eine Reihe der wichtigsten und weitesttragenden Aufgaben zu erfüllen. Es waren zunächst die in den Wirkungskreis des Gemeinderates fallenden Beschlüsse des Stadtrates und Verfügungen des Bürgermeisters, nachträglich zu genehmigen-

Darunter sind insbesondere hervorzuheben die Zeichnungen der Gemeinde Wien für die Kriegsanleihen, die neuerliche Subventionierung des Roten Kreuzes mit dem Betrage von 100000-K die Widmung eines Betrages von 120.000.-- Kronen zur Versicherung von dreihundert Kindern im Felde gefallener Wiener, die Erbauung eines Kullagerhauses, Schaffung von Lagerkrümen für Wohnungs- und Werkstätteneinrichtungen, notleidender Angehöriger des Mittelstandes, Kriegszulagen an Angestellte der Gemeinde Wien, die Bewilligung der Kosten für den neuen Naschmarkt im Betrage von über 2 Millionen Kronen, die Beteiligung der Wiener Truppen mit Liebesgaben, die ~~Exxx~~ Errichtung von Kohlelagerplätzen und der Bezug russischer Kohle, die Anforderungen von Stein- und Braunkohle, die Verfügungen des Herrn Bürgermeisters betreffend den Ankauf von Lebensmitteln und die Ausgestaltung der Kriegergrabsstätte im Zentralfriedhofe.

Nachdem noch die Hauptrechnungsbeschlüsse für das Jahr 1913 und für das ~~ix~~ erste Halbjahr 1914, ferner der Hauptvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1915/16 genehmigt worden waren,

war die Bahn freigemacht für die Erledigung bedeutungsvoller Vorlagen.

Ich erwähne die Begehung von Kassenscheinen im Gesamtnennbetrage von 100 Millionen Kronen, die heute bereits über ~~Fari~~ stehen, die Errichtung von Kriegerheimstätten, die Prolongierung der schwebenden Schuld von 60 Millionen ~~Kxxxx~~ Mark, der Ankauf des Lagerhauses S. & W. Hoffmann, finanzielle Beteiligung an der 1- Wiener Walzmühle Vonwiller & Co., die Bewilligung von Kriegszulagen an die städt. Angestellten und die Schaffung von Mehreinnahmen, die Schaffung eines Heldenhaines, die Anträge betreffend die Ausgestaltung des Wasserstrassen-, etc. etc.

Der Wiener Gemeinderat hat in einer verhältnismäßig kurzen Zeit eine Fülle von Arbeit geleistet, die mit Recht als vorbildlich auf den verschiedensten Gebieten genannt werden kann. Und wenn uns heute der Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Verwaltungsjahr 1916/17 vorliegt, können wir der Hoffnung Ausdruck geben, dass das kommende Verwaltungsjahr ebenfalls im Zeichen dieser Arbeitsfreude und dieses Gemeinsinnes stehen. Unser Blick ist auf das Grosse, Ganze gerichtet, alle Kräfte, die wir zusammenfassen müssen, sollen dem einzigen Ziele gewidmet sein, die Schicksalsstunde unseres Vaterlandes und damit unserer ~~Vaterstadt~~ Vaterstadt ehrenvoll und erfolgreich zu bestehen. Weil wir die Ueberzeugung haben, dass uns allen dieses grosse Ziel vor-schwebt, hat der gemeinderätliche Bürgerklub beschlossen, bei der Beratung des bisherigen Hauptvoranschlags von allem Detail abzusehen und von der Teilnahme an einer Spezialdebatte Abstand zu nehmen.

Wir genehmigen den Hauptvoranschlag 1916/17 ohne Aenderung, weil wir die Gewissheit besitzen, dass in dieser schweren Zeit die Mittel, die der Gemeinde zur Verfügung stehen, in dem uns vorgelegten Rahmen am zweckdienlichsten verwendet werden.
(Lebhafter Beifall)

Die Wiener Gemeindevertretung war sich in der bisherigen Kriegszeit ihrer grossen Aufgabe bewusst und hat sich fähig gezeigt, das grösste Gemeinwesen der Monarchie aus den Wirrnissen, die der Krieg mit sich bringt, zu geklären. Die Stadt Wien hat sich im Kriege als ein staatsertreuender Faktor bewährt und es wird die Regierung dessen eingedenk bleiben müssen. Sie wird in Erinnerung zu behalten haben, dass Wien das Herz des Reichs ist und dass ohne Wien nicht regiert werden kann (neuerlich lebhafter Beifall -) daher auch in verwaltungs- und staatsrechtlichen, wie in Verkehrsfragen die Stimme Wiens stets wird gehört werden müssen. (lebhafteste Zustimmung)
Die Würdevolle Haltung des Wiener Gemeinderates wird ein Denkmal bleiben für die Bürgertugenden, die ein Volk und eine Stadt zu Ehren und Erfolgen erheben. Und wenn dereinst die Geschichte Wiens während des Krieges geschrieben wird, so darf in derselben

mit Stolz davon gesprochen werden, dass die, denen die Geschichte der Stadt in diesen Jahren anvertraut werden, einig waren in der Erfüllung ihrer Pflichten und in der Liebe zu ihren Mitbürgern (Anhaltender Beifall)

GR. David: Nach den Erklärungen des GR. Steiner sollen wir den Hauptvoranschlag keiner eingehenden Debatte unterziehen. Es wird mir ungemein schwer, meine Meinung darüber zu sagen, da uns je nach Ihren Beschlüssen nicht möglich ist, in die Spezialdebatte einzugehen, in der ja das Hauptgewicht der Beratung liegt. Wir müssen uns dem fügen, denn wir stehen einer kompakten Majorität gegenüber und was Sie beschließen, ist für uns Diktum. Die Generaldebatte ist ja nach einem alt gewohnten Brauche in allen legislativen und autonomen Körperschaften nicht dazu da, einfach die Ziffern des Voranschlags zu überprüfen, sondern in der Generaldebatte zum Budget kann man über alles dasjenige reden, was sich im Laufe eines Jahres abgespielt hat. Sie haben es auch bisher immer so gehalten, und ich muss es zu Ihrer Ehre sagen, diesem Brauche nicht viel Hintertreibe in den Weg gelegt. Die Annahme des Budgets ist ~~xxxxxx~~ ein Vertrauensvotum für diejenigen, die für die Verwaltung verantwortlich sind. In dem Hause am Franzensring war es ja in der letzten Zeit anders, denn die Regierung hat sich mit der Annahme einer einzigen Post, des Dispositionsfonds, begnügt und ließ im übrigen die Debatte Debatte sein. Auch hier gehen die Meinungen über die Budgetdebatte auseinander. Die Einen meinen, eine längere Debatte sei eine höchst überflüssige Sache, denn die einzelnen Posten sind von unserem ausgezeichneten Beamtenpersonal gründlich durchstudiert und überdies hat unser ausgezeichnetster und vorzüglicher Stadtrat (Heiterkeit) diese Post/überprüft. Unserer Meinung aber entspricht eine so ganz kurze Verabschiedung bloß dem Bedürfnisse „Ruah will i haubn“. Ich stehe nicht auf diesem Standpunkte, denn wenn ich mir Ihre Weigerung den Gemeinderat einzuberufen, vor Augen halte, muss ich zur Ueberzeugung kommen, daß Sie eben sehr fanatische Anhänger dieses Mottos sind. Bequemer mag es schon sein für Sie ohne Gemeinderat zu regieren (ich will Ihnen hierfür einen Kronzeugen ~~xxxxxx~~ nennen, den Grafen Stürgkh (Lebhafteste Heiterkeit). Fragen Sie ihn nur, ob es nicht viel besser zu regieren ist, wenn kein Reichsrat tagt. (Neuerliche Heiterkeit) Sie aber müssen endlich doch begreifen, daß die systematische Belästigung von Männern, hinter denen eine gewaltige Wählerzahl steht, diesen absichtliche und offen eingeständene Fernhalten der Opposition von der berechtigten Anteilnahme an der Einsicht in die Geschäfte eine Stimmung auslösen muß, die entweder gleichgültig gegenüber allem steht, oder einer Verzweiflung Platz macht, die ~~xxxx~~ schließlich zu sehr unangenehmen Zusammenstößen führt. Uns steht ja bei allen Beratungen hier bloß ein

StR. Heindl beantragt dem Ansuchen der Firma N. Rella & Neffe um Stundung der Aufzahlungsbeiträge für erworbene Teile der Kat. Parz. 1624 und 1904 in der Inneren Stadt, Am Gestade, um je 2 Jahre unter der Bedingung Folge zu geben, daß die Verzinsung auch für diese Zeit halbjährig im vorhinein gezahlt wird. (Ang.)

GR. Eglauber: Ich will mich einer Frage zuwenden, die für die gesamte Bevölkerung Wiens von grösstem Interesse ist, dem Kapitel der Approvisionnement. Nichts liegt der Bevölkerung mehr am Herzen, als dass endlich eine geregelte Verpflegung und gleichmässige Verteilung der notwendigen Lebensmittel und der sonstigen Artikel des täglichen Bedarfs eintritt. In dieser Beziehung glaube ich, auf Ihre Zustimmung rechnen zu dürfen, wenn ich behaupte, dass es namentlich drei Momente sind, welche die regelmässige Zufuhr nach Wien beeinträchtigen. Die Produktion des Bodens ist einerseits durch verschiedene aus den Kriegsverhältnissen entsprungene Tatsachen beeinträchtigt, und in diesem Belang kann man gewiss an die Regierung die Forderung richten, dass der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch Beurlaubung wenigstens der mirier Tauglichen und durch Bereitstellung von Kriegsgefangenen beigegeben wird. Mangelhaft ist auch die Zufuhr infolge der Inanspruchnahme der Waggons durch die Heeresverwaltung. Die zweite Ursache der mangelhaften Verpflegung und namentlich der Teuerung, ist die Preistreiberi und zwar nicht allein seitens der Produzenten, sondern hauptsächlich infolge des Zwischenhandels seitens Personen, die sich nie mit derartigen Dingen beschäftigt haben. Auch die Hamsterei der Familien und das übermässige Zusammenkaufen und Zurückhalten gewisser Waren seitens der Zwischenhändler ist mit ein Grund. Es wäre die Verpflichtung der Regierung da einzugreifen und sie hat genug Mittel dazu in der Hand. Zu diesen Ursachen tritt noch ein weiterer Umstand, der speziell für die Gemeinde Wien von Bedeutung ist, nämlich die Abschliessung der Zufuhr aus den anderen Kronländern. Ich habe bereits wiederholt meiner Meinung Ausdruck gegeben, dass diese Abschliessung gesetzlich unzulässig und zwar auf Grund des Staatsaufbaues und der Tatsache, dass die Oesterreichischen Kronländer ein untrennbares und unteilbares Ganzes bilden. Wenn noch ein Zweifel daran wäre, müsste er schwinden, wenn man die Konsequenzen einer solchen Abschliessung zieht. Heute handelt es sich um Bodenfrüchte, morgen kann das gleiche bei Industrieartikeln geschehen. Eine derartige Abschliessung ist auch nicht im Interesse der Kronländer selbst. Ich kenne Bauern, denen heute die Milch schlecht wird, weil sie sie nicht nach

Wien bringen können. ~~zur Wien ist aber diese Abschliessung geradezu eine Lebensgefahr.~~ Eine Zweimillionen-Stadt kann vom Niederösterreich was allein nicht versorgt werden, das ist doch selbstverständlich. Ist das der Dank für die heldenmütige Verteidigung im Felde. ~~Es ist das vielleicht der Lohn für die vielen Leistungen Wiens auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge.~~ Wo bleibt denn angesichts dieser Tatsache der Reichsgedanke, wenn der Staat sich wieder in jene Autome auflöst, die seinerzeit mit vieler Mühe zusammengefügt wurden. Wenn wir dieser gegenwärtigen Absperrung zusehen, wird Wien den Ruine entgegen sehen. Wir als Vertreter der Gemeinde Wien dürfen da nicht ruhig zusehen. Wenn wir in Kriegszeiten gemeinsam kämpfen, wollen wir auch in Kriegszeiten gemeinsam verpflegt werden. Ich beantrage deshalb folgende Resolution: „Der Wiener Gemeinderat fordert auf Grund der staatlichen d. h. auch wirtschaftlichen Einheit der Oesterreichischen Kronländer sowie auf Grund des mit den Ländern der ungarischen Krone gemeinsamen Zoll- und Handels-, somit auch Wirtschaftsgebietes die Aufhebung jeder die geregelte Versorgung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien mit Lebensmitteln und anderen Artikeln des täglichen Bedarfes behindernden Einschränkung des freien Güteraus-tausches zwischen den einzelnen Kronländern beziehungsweise zwischen ~~Österreich und Ungarn~~ Oesterreich und Ungarn und wünsch im Interesse einer gleichmässigen Befriedigung des gesamten Militär und Zivilbedarfes an solchen Gegenständen die zweckentsprechende Einführung von Zentralstellen, welche über die in ländlichen Vorräte und neuen Erzeugnissen sowie etwa auch aus dem Auslande zu beziehenden Mengen nach einem allgemeinen Versorgungsplane zu verfügen hätten.“ Ich bitte Sie inständig dieser Resolution einhellig zuzustimmen, damit die Regierung unsere Geschlossenheit sieht, ~~damit die Stadt Wien auch auf keine andere Art und Weise vor Not und Elend bewahrt werden.~~ (Lebhafter Beifall)

Dr. GR. Schwarz-Hiller: Jetzt nachdem leider schon 2 Jahre der Kriegszeit fast vergangen sind, glaube ich, wird es nicht ungerechtfertigt sein, sich auch mit Fragen zu beschäftigen die an die Gemeindevertretung unmittelbar nach Beendigung des Krieges herantreten werden.

In einer Zeit, wo leider so viele Leute aus unserer Stadt nicht mehr zurückkommen werden oder nicht mehr so, wie sie hinausgezogen sind, ist es unsere wichtigste Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Nachwuchs heute schon behütet und bewahrt wird vor Gefahren und daß die Gemeinde diesem Nachwuchs gegenüber ihre Pflicht getreulich erfüllt. Die Sorge für den Nachwuchs gliedert sich in die Säuglingsfürsorge, die eigentliche Kinderfürsorge und in die Behandlung der sogenann-

ten Jugendlichen vom 14. bis zum 16., 18. Lebensjahr. Eine Anzahl von Kriminalfällen fällt auf das Konto der Halberwachsenen. Wo die private Initiative versagt, soll Staat, Land und Gemeinde rechtzeitig eingreifen, denn ich fürchte, wir werden nach Friedensschluss gegen eine Verrahung der Gesellschaft zu kämpfen haben. Wir haben Einbruchs- und Streifwagendiebstähle, eine ausgebreitete jugendliche Prostitution, so daß energische Massregeln ergriffen werden müssen. Im Anschlusse an die Statthalterverordnung wäre es notwendig, die Frage mit Ernst in Angriff zu nehmen, einen Kataster der Jugendlichen anzulegen und jene Jugendlichen, welche sich durch ihr Leben und Treiben auf der Straße unangenehm bemerkbar machen, aus der Grossestadt zu entfernen und in Anstalten unterzubringen, wo sie zu brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft herangezogen werden. Wenn die Gemeinde Wien hier bahnbrechend und führend vorgehen wird, werden wir uns für das kommende Geschlecht und die Zeit nach dem Kriege außerordentliche Verdienste erworben haben. Auch bei den Kindern vom 4. bis zum 14. Lebensjahre sehen wir eine Verwahrlosung und Verrohung. Wenn nachgewiesen ist, daß Eltern sich um ihre Kinder nicht kümmern können oder wollen, dann muß die Oeffentlichkeit im Interesse der gesamten Gesellschaft eingreifen und sich dieser Kinder annehmen und erziehen.

Wenn ich zu den sanitären Fragen übergehe, so liegen mir die Tuberkulosenfürsorge und der Kampf gegen die venerischen Krankheiten am meisten auf dem Herzen. Nachdem wir schon mit grossen Kosten hergestellte und gut eingerichtete Baracken besitzen, so wäre es doch wohl angezeigt, dass wir diese auch nach dem Kriege ausnützen. Das Flüchtlingslager in Steinklam würde sich vorzüglich für die Unterbringung von Tuberkulosen eignen. Wir müssen jedoch gerüstet sein und die Gemeinde muss mit einem fertigen Programm kommen, damit sie im gelegenen Moment sofort von den Baracken Besitz ergreifen kann. Auch der Kampf gegen die venerischen Krankheiten muss endlich in Angriff genommen werden, ebenso die Regelung der Strassenprostitution. Wir müssen ferner schon jetzt während der Kriegszeit trachten, die Spitalsnot zu besätigen.

Was die Armenpflege und Armenversorgung anbelangt, so möchte ich vor allem eine autoritative Zusicherung, dass alle Personen, welche während des Krieges irgendeine Unterstützung erhalten haben, nicht vielleicht dadurch ~~in~~ in ihrem politischen Rechte verkümmert werden. Ferner möchte ich dem Wunsche Ausdruck geben, dass bei der Bestellung von Armenräten alle Kreise der Wiener Bevölkerung herangezogen werden. Ich würde auch ersuchen, dass der Frage der Suspensung aus gemeinschaftlichen Küchen die grösste Aufmerksamkeit zugewendet werde, damit wenigstens unsere heimgekehrten Krieger, wenn sie auch nicht sofort eine

Arbeit bekommen, sich wenigstens satt essen können.

Ich möchte auch die Frage aufwerfen, ob wir nach Eintritt normaler Verhältnisse eine hinreichende Anzahl von Kleinwohnungen in Wien haben werden und ob es nicht angezeigt wäre, sich jetzt schon mit dieser Frage zu beschäftigen und vielleicht ein geeignetes Amt einsetzen, das die nötigen Vorarbeiten zu treffen hätte.

Bezüglich der Grundkäufe sollte die Gemeinde Wien während des Krieges sich nicht abhalten lassen, Gründe anzukaufen, soweit es ihr möglich ist. Bei dieser Gelegenheit will ich aber fragen, warum wir in den Vororten gerade immer nur Streifen von Gründen kaufen, wodurch nur die Verbaugung dieser Plätze behindert wird. Alle zum Worte gelangten Redner haben sich auch mit der Approvisionierungsfrage beschäftigt. Ich wüsste schon einen Weg um Ordnung in diese Angelegenheit zu bringen, und der ist der, dass Oesterreich-Ungarn ein gemeinschaftliches Wirtschaftsgebiet bilden sollte, über das ein Militär eingesetzt werden sollte, das ist so ein General - ich weiss nicht ob es derselbe ist wie der von Kollegen Hohenstinner. ~~mmm~~ Alle national-ökonomischen und volkswirtschaftlichen Begriffe, mit denen wir bis zu Kriegsbeginn gearbeitet haben, haben gottschämlich Schiffbruch gelitten. Noch eines will ich betonen und das ist die Frage des Burgfriedens. Wir sind nach der Kriegserklärung hier in diesem Saale zusammengekommen und haben damals alle die Empfindung gehabt, es ist Krieg und unser harren Aufgaben, die dem Wohle des Volkes gelten, graben wir die Streitart ein und machen Burgefrieden für die Dauer des Krieges. Seien Sie überzeugt, ich habe während des Krieges zwei Dinge immer vor Augen gehabt, die Erhaltung der Autonomie der Stadt Wien und die Erhaltung des Burgefriedens schon wegen des Eindruckes nach aussen. Wir haben den Burgfrieden im allgemein geltenden Sinne gehalten, wir haben durch Monate nicht einmal Versammlungen abgehalten, ich stelle fest, dass wir keine Zeitungsartikel geschrieben haben, nicht einmal zu einer Zeit, wo Sie schon Versammlungen abgehalten haben, mit einem Worte, wir haben den Burgfrieden ehrlich gehalten. Wir waren in der Obmannerkonferenz und haben dort gearbeitet, als die Mitglieder der Wiener Gemeindeverwaltung, als Wiener Bürger, wir haben uns viel geschadet bei unseren eigenen Parteigenossen, bei unseren Wählern, die gedacht haben, wir seien andere geworden. In der letzten Sitzung ist aber etwas eingetreten, was mich besonders betroffen hat. Der Herr Gemeinderat Kunschak hat eine Rede gehalten, die soviel Aufreizung, soviel Hass enthielt, dass ich mich fragen muss: Ist das der Dank dafür, dass wir mit dem Bürgermeister durch dick und dünn gegangen sind, ist das der Dank dafür, dass Kollege Dr. Hein bei allen Versprachen mitgetan hat. Die Rede des Herrn GR. Kunschak war nicht notwendig.

Die Zeit für Hetze mag ja vielleicht wieder einmal kommen, wenn schon unsere österreichische Kultur nicht anders denkbar ist. Wir wollen aber den Burgfrieden und wir wollen auch im Krieg weiter arbeiten wie bisher, aber da haben wir auch das Recht auf Anerkennung. Und damit komme ich zur Stadtratsfrage. Es sind jetzt 3 Mandate frei und wenn man drussen in Deutschland Sozialdemokraten in den Stadtrat aufgenommen hat, warum will man in den Wiener Stadtrat - sagen wir es ganz offen - nicht auch Juden aufnehmen. Warum schliesst man uns aus. Sie glauben doch sicherlich, dass wir uns des persönlichen Vorteils wegen bewerben. Haben wir nicht im Kriege bewiesen, dass wir ordentlich mitarbeiten? Es ist ein Unrecht das Sie der Öffentlichkeit gegenüber wohl nicht verantworten können. Wenn wir aber keine ordentlichen Arbeiter sind, dann soll man uns auch nicht in die Obmannerkonferenz berufen. Herr Oberkurator Steiner hat von einer würdevollen Haltung des Wiener Gemeinderates gesprochen, ich muss Ihnen aber erklären, dass man nicht früher von einem würdevollen Wiener Gemeinderat sprechen kann, bevor dieses Unrecht nicht gutgemacht ist. Ich hoffe, dass Sie im Interesse der von Oberkurator Steiner erwähnten Würde des Gemeinderates noch während des Krieges aus freien Stücken an die Stelle des Hasses und der Hetze die ehrliche hingebungs-volle Arbeit für das gemeinsame Wohl aller Bürger der Stadt treten lassen werden.

GR. Dr. Stich: Die Verwaltung von Städten ist schon in normalen Zeiten schwierig, weil in der städtischen Gemeinde die Wirtschaftsentwicklungen der Einzelnen am Heftigsten an einanderprallen und nach einem sozialen-gerechten Ausgleich verlangen. Die Schwierigkeiten wachsen wenn ungewöhnliche Verhältnisse, z.B. Feuerung oder Volkskrankheiten eintreten, und werden riesengroß, wenn Kriege hereinbrechen. Der jetzige Krieg hat auf die städtische Verwaltung insbesondere aus dem Grund erschwerend und hemmend zurückgewirkt, weil die Volkswirtschaft zweier Staaten durch Absperrung lahmgelegt wurde. Der Weltkrieg enthüllte die große Gefahr, die in dem System der Weltwirtschaft liegt, in der großen Abhängigkeit der einzelnen Volkswirtschaften voneinander. An die Staatsverwaltungen ist die Aufgabe heran voranzugehen, dass mit den heimischen Erzeugnissen, also mit bestimmten beschränkten Vorräten das Ausland gefunden werde. Die organisatorischen Massnahmen der Regierung zur Sicherstellung und gleichmässigen Verteilung der Vorräte betrafen die Beschaffung von Monopolen oder die Errichtung von Zentralen, die unter Leitung und Kontrolle des Staates mit monopolartigen Befugnissen ausgestattet wurden. Die Preisbildung durch Festsetzen von Höchstpreisen hat sich nicht bewährt. Durch das unvollkommene

Funktionsförm der Kriegswirtschaftseinrichtungen des Staates wurden die Städte Verwaltungen stark im Nachteil gesetzt, die nichts anderes als die Vollführer staatlicher Anordnungen und die Vermittler zwischen den bevorzugten Verbänden und der Bevölkerung - nichts anderes als die uneigennütigen Agenten sind, deren eigene Fürsorge Tätigkeit in der Ernährungsfrage insofern erschwert wurde, als ihnen die Möglichkeit genommen war, selbst tätig und zu bessern in die Approvisionierung einzugreifen. Gleichwohl wurde den Stadtverwaltungen oft die Schuld zugewiesen, wenn der staatliche Approvisionierungsausschuss nicht klappte. Wo die Gemeinde frei und selbstständig eingreifen kann, dort hat sie eine umfangreiche und gewisse anerkennungswürdige Tätigkeit entfaltet um die Not der Kriegszeit möglichst zu mildern. So stellte sie, wenn Vorratsknappheit und ärgste Preissteigerung droht, ihre eigenen Vorräte zur Verfügung, kaufte, gegebenenfalls von dem Staat, Anfordernsrechte Gebrauch machend um 100 von Millionen Waren die sie in gemeinnütziger und auch dadurch preisregulierender Weise den kleineren Händlern und Gewerbetreibenden oder der Bevölkerung direkt abgab, förderte jene Massnahmen, welche die Selbsthilfe zur Vermehrung des Vorrates und zur Verbilligung der Lebenshaltung ergriff - Kartoffel und Gemüseanbau - Pflege und Förderung der Schräberrgärten - pachtete Lagerplätze kaufte ein neues Lagerhaus, ~~erwarb~~ erwarb die Teilhaberschaft einer modern eingerichteten Mühle und baute ein modernes Kühlagerhaus. Diese Aktionen beinhalten nicht nur die Sicherstellung und Stabilisierung der Versorgung der Reichshauptstadt mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, sie eröffnen dem Getreide und Mehlhandel und Oesterreich die Wien neue Entwicklungsmöglichkeit und sichern dabei der Stadt Wien einen entscheidenden Einfluss auf den einheimischen Markt, sowie auf die ausländischen Importe von Gefrierwaren. Wie der in Beratung stehende Vorschlag zeigt, wird der Durchführung und Vollendung aller dieser Ziele weiterhin ein besonderes Augenmerk zugewandt. Es ist daher zu hoffen, dass die Früchte der so weit ausgreifenden Gemeindepolitik in nicht allzuferner Zukunft reifen und gepflückt werden können. Redner bespricht sodann die Abhängigkeit von Oesterreich von Ungarn in wirtschaftlicher Beziehung und wünscht, dass insbesondere in Approvisionierung einheitlich nach gemeinsamen Plänen und mit gleicher Rücksichtnahme auf die Interessen der Monarchie vorgegangen wird. Der jetzige Krieg macht eine Neugestaltung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse Oesterreichs notwendig. Diejenigen die der politischen Erneuerung Oesterreichs ihr besonderes Augenmerk zuwenden sehen mit Recht in einer radikalen Reform der Verwaltungsgestaltung

eine Hauptaufgabe der Zukunft. Es gehen aber jene Irre, welche die autonome Verwaltung ganz ausschalten und insbesondere dafür schwärmen, dass an der Spitze der städt. Verwaltung ernannte Personen stehen sollen. Der Krieg hat das Feld der Betätigung der Städte extensiv und intensiv erweitert, sie sind auch ihren Pflichten recht gut nachgekommen, es ist nur natürlich, dass ein so lebensfroher Organismus in seiner vollen Kraft erhalten werde, dass alle Voraussetzungen geschaffen werden auf dass es sich selbstständiger unabhängiger und mächtiger entfalte, als es bisher der Fall war. Die Selbstverwaltung und das Selbstbehaltungsrecht der Städte aufheben oder beschränken, hiesse dem einzigen Hort der staatsbürgerlichen Freiheit antasten oder zu Fall bringen, hiesse frisch pulsierendes Eigenleben abtöten und ersticken. Ein vom Staate mehr oder weniger beherrschter Gemeinwesen wird dem ihm aufgebürdeten wachsenden Lasten erliegen, wird verdorren und verkümmern. Daher Hand weg von dem heiligen Gut, dass wir vor einer rühmlichen Vergangenheit überkommen haben, Hand weg von dem heiligen Gut, das uns in den schwersten Zeiten unseres Vaterlandes Einheit und Stärke verliehen und das uns auch in Zukunft begeistern wird zu neuen Taten zu neuen Fortschritten.

Der Vorschlag für 1916/17 zeigt wieder deutlich, dass wir bei der Verwaltung der Stadt kein anderes Ziel verfolgen, als jenes, sie mit allem Fleisse und mit vollster Objektivität und zum allgemeinen Besten zu führen. Dass die Gemeindevertretung auch in schwerer Kriegszeit mit grossem Geschicke ihrer Aufgabe gerecht zu werden weiss - und das kann von keinem Unbefangenen gelobt werden, gereicht der Gemeindevertretung zur Ehre, der Stadt zum Nutzen (lebhafter Beifall)

GR. Bgm. Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.

GR. Bretschneider: Mit der langen Dauer des Krieges wird die Situation der Bevölkerung immer schwieriger. Die Ziffern des Hauptvoranschlags besagen, dass im läufigen Jahre jeder einzelne Haushalt einer Wiener Familie stärker belastet ist als bisher. Es ist richtig, dass für die immer grösser werdenden Aufgaben der Gemeinde die Mittel hierfür beschaffen werden müssen, es muss aber andererseits Hand in Hand damit in der Gemeindeverwaltung das Bestreben vorherrschen, der Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, diese grössere Belastung auch aufbringen und ertragen zu können. Hier ist die Frage der Approvisionierung das Wichtigste. Staat, Land und Gemeinde müssen ihr Hauptaugenmerk darauf richten, die Schäden des Krieges durch eine zielbewusste Approvisionierungspolitik auszugleichen. Sie müssen den Weg eines wirksamen Konsumentenschutzes gehen, für die Herbeischaffung billiger Lebensmittel und die Errichtung billiger Wohnungen sorgen und der Bevölkerung die Möglichkeit geben an den Wiederaufbau ihrer Familien zu schreiten, die durch diesen Krieg vielfach gestört wurden. Wir haben durch eine kluge Zoll- und Handelspolitik die Einfuhr der Lebensmittel zu für-

dern und durch eine kluge Eisenbahnpolitik die Produkte möglichst billig auf den Markt zu bringen. Wir haben auch alle jene Organisationen, die den Konsumentenschutz auf ihre Fahne geschrieben haben, zu fördern und zu unterstützen. Wir haben zu sorgen, dass das neue Kühl und Gefrierhaus sich mit Fleisch und Getreide füllen und die Gemeinde als Preisregulator am Markte eine entscheidende Rolle spielen kann. Eine weitere grosse Aufgabe ist der Kinder- und Mutterschutz. In Bezug auf die Jugendfürsorge wünsche ich, dass bei Ankauf von Grundstücken zu Kinderspielplätzen auch der 21-Bezirk berücksichtigt wird. Die ganze Industrie konzentriert sich immer mehr in den 21-Bezirk und es ist höchste Zeit, um geeignete Plätze Umschau zu halten, weil es dann viel zu spät oder die Preise zu teuer wären. Es muss auch getrachtet werden, die Schulen wieder frei zu bekommen und den Schulunterricht auszuweiten. In der Schule muss auch ein neuer Lehrstoff eingeführt werden und zwar eine Gesellschaftslehre von der Bildung des Staates, von der Wichtigkeit des Staates, von der Notwendigkeit der Unterordnung jedes einzelnen in diesem Staateswesen. Eine weitere für den Bezirk Floridsdorf sehr wichtige Angelegenheit ist die Errichtung eines Spitals.

Wenn es auch nicht die Gemeinde ist, die diese Aufgabe zu erfüllen hat, sondern in erster Linie der Staat dazu berufen ist, so muss doch die Gemeinde mit einigen Nachdruck beim Staate dahinwirken, damit endlich diese Frage einer günstigen Erledigung zugeführt wird. Eine wichtige Frage ist auch die Uebersetzung des Bahngeleises der Staatsbahn in der Erkerstrasse, die zu einer dringenden Notwendigkeit geworden ist. Möge man nicht warten bis ein Unglück geschehen ist, sondern die Arbeiten sogleich in Angriff nehmen. Was den Vorschlag betrifft, so müssen wir, da Sie dem starren Majoritätsprinzip folgen die Beschlüsse gefasst und die Verwaltung der Stadt Wien geleitet haben, ohne die Mitarbeiter der gesamten Gemeindevertreter, daran festhalten, dass Sie auch die Verantwortung allein zu tragen haben. Wir können auch bei diesem Vorschlage keine andere Stellung einnehmen, wie wir sie bisher eingenommen haben und werden daher auch in diesem Falle gegen den Vorschlag stimmen.

Ueber Antrag des Gemeinderates Eigner wird Schluss der Debatte geschlosgt.

GR. Kubacsék: Ich habe nur einige Wünsche zu äussern: Ich möchte ersuchen, dass das Granitpflaster in Zukunft besser ausgeführt werde als jetzt. Es wurde ja in Kriegszeiten stark hergenommen. Aber schon in Friedenszeiten wurden die Pflasterungen mit grossen Fugen ausgeführt, darüber wurden Sandschichten aufgetragen, die Zerkleinerung dem Fuhrwerke überlassen, bis endlich der Wind den fein zermalmen Sand davontrug. Die Pflasterung kostet der Gemeinde unsinniges Geld, so soll sie wenigstens gut sein, und ich verweise nur darauf, dass es in Berlin viel besser ist.

Ich habe noch eine zweite Bitte: Die Strassenbahnlinie 60 nach Mauer wird auf einen grossen Umweg dorthin geführt. Man könnte viel Zeit, einen grossen Weg und Strom ersparen, wenn die Züge nicht über die ohnehin stark belastete Mariahilferstrasse, sondern auf derselben Strecke wie die Linie 63 durch die Schönbrunnerstrasse geführt würden. Leute, die von Mariahilf aus nach Mauer fahren wollen, können ja in Hietzing umsteigen. Ich möchte wünschen, dass ~~dammit~~ der stadträtliche Referent mit dem Strassenbahndirektor sich diesbezüglich auseinandersetzt. Im übrigen schliesse ich mich den Ausführungen unseres Klubobmannes an.

Die Debatte wird hierauf unterbrochen und in der morgigen Sitzung fortgesetzt.
